

Wieder und wieder gehen wir auf die Straße.

Gegen die Kriminalisierung linker Aktivistinnen und Aktivisten.

Gegen staatliche Repression.

Für eine lebhaftere Protestkultur und für den Ausbau von Freiheitsrechten!

Liebe Passantinnen und Passanten,

liebe Kundgebungsteilnehmerinnen und Teilnehmer,

heute sind wir ein weiteres mal in diesem Jahr zusammengekommen, um uns solidarisch zu zeigen. Solidarisch zu zeigen mit denjenigen die aufgrund ihres politischen Engagements kriminalisiert werden.

Als Solidaritätsorganisation erleben wir derzeit die ganze Breite staatlicher Repression.

Wir erleben wie Hausbesetzer*innen und diejenigen die Sie unterstützt haben sollen vor Gericht gezerrt und verurteilt werden. Mit Hannes Rockenbach, einem der drei Favoriten für die Wahl des Oberbürgermeisters am kommenden Sonntag, wurde erst vor wenigen Wochen ein prominenter Aktivist zu einer Geldstrafe verurteilt. Und das alleine weil er in einer besetzten Wohnung ein Interview geführt hat. Der Fall zeigt, wie gnadenlos die Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen Linke vorgeht, wenn sie mit Aktionen des zivilen Ungehorsams auf den Wohnungsnotstand und die sozialen Verdrängungen in unserer Stadt aufmerksam machen. Und Hannes ist nur ein Fall von vielen die in den vergangenen Monaten wegen ihrer Beteiligung an Mieter*innenkämpfen verurteilt wurden.

Wie bereits in den Vorjahren, stehen Antifaschistinnen und Antifaschisten auch 2020 im Fokus der staatlichen Repression. Neben den unzähligen Einzelverfahren, fand die Verfolgung von Stuttgarter Antifas im Juli diesen Jahres ihren bitteren Höhepunkt. Eine Auseinandersetzung zwischen Funktionären der rechten Betriebsgruppe "Zentrum Automobil" und Gegendemonstranten am Rande der sogenannten Querdenken-Demonstration, nutzten die Repressionsbehörden. Neun Wohnungen wurden durchsucht, der Antifaschist Jo sitzt seither in Untersuchungshaft. Ein weiterer Aktivist wurde Anfang November inhaftiert.

Ein weiterer Repressionsschwerpunkt, der linke Aktivist*innen hier in der Region trifft, sind die Verfahren im Nachgang der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Besonders das Anklagekonstrukt rund um die Geschehnisse am Rondenbarg spielt derzeit eine Rolle. Die Polizei griff damals, am 7. Juli 2017, in einem Hamburger Industriegebiet einen Demonstrationzug an, verprügelte etliche Teilnehmer*innen, dutzende Aktivist*innen mussten medizinisch behandelt werden, einige mussten wegen schwerer Verletzungen stationär im Krankenhaus bleiben. Nun, drei Jahre nach der polizeilichen Gewalteskapade, müssen sich nicht etwa die Schläger in Uniform vor Gericht verantworten... Nein, angeklagt werden 86 Demonstrationsteilnehmer*innen. Vorgeworfen wird ihnen besonders schwerer Landfriedensbruch. Die Hamburger Staatsanwaltschaft möchte hier Rechtsgeschichte schreiben und Versammlungsteilnehmer*innen strafrechtlich aburteilen. Ein Urteil des Bundesgerichtshof gegen Hooligans wird dabei als Vorbild herangezogen, um die Versammlungsfreiheit auszuhebeln. Das erste Verfahren gegen fünf Jugendliche beginnt am kommenden Donnerstag.

Doch nicht nur auf der individuellen Ebene geht der Staat gegen Linke vor. Auch politische Strukturen werden zunehmend angegangen. Angegangen mit Verwaltungsmaßnahmen, die politischen Zusammenhängen die Handlungsfähigkeit nehmen sollen. Das sind zum Teil perfide Mittel, wie beispielsweise der Entzug der Gemeinnützigkeit im Fall der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Knallharte Verbote wie im Fall der Nachrichtenplattform linksunten.indymedia. Oder auch strafrechtliche Instrumente wie die Kriminalisierung, als kriminelle oder gar terroristische Vereinigung, wie im Falle des Revolutionären Aufbaus aus Hamburg.

In allen diesen Fällen sind die Gerichtsverfahren hochpolitisch. Es geht darum linken Bewegungen Handlungsräume zu nehmen, Aktivist*innen einzuschüchtern und Proteste in konforme Bahnen zu lenken. Doch genauso wie die Staatsanwaltschaft politischen Druck erzeugt, um Verurteilungen in ihrem Sinne durchsetzen zu können, können auch wir Druck erzeugen. Indem wir uns solidarisieren, strömungsübergreifend zusammenarbeiten und immer wieder klarstellen, dass wir uns nicht spalten lassen!

Gerade in Krisenzeiten steigt der Hunger des Staates nach Feinden. Bewegungen und Aktivist*innen die sich gegen den Rechtsruck, gegen soziale Ungerechtigkeiten und für eine Perspektive jenseits des Kapitalismus engagieren werden zum Feindbild erklärt und mit Repressalien überzogen. Wenn wir zusammenhalten, können wir diese Angriffe ins Leere laufen lassen.

In diesem Sinne:

Bleibt aktiv, seid solidarisch, schafft Rote Hilfe!